

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Industriepolitik kann zur Falle werden

Aktuelle Debatten zur Frage nach einer Ordnungs- oder Industriepolitik erinnern an historische Fehler. Industriepolitik verspricht Wandel, birgt aber Risiken für Demokratie und Wettbewerb. Von **Stefan Kolev**



Statue des Ökonomen
Adam Smith:

Sein vor 250 Jahren
erschiedenes Werk
„Wohlstand der
Nationen“ enthält
erstaunliche Parallelen
zur heutigen
Berliner Debatte.

Getty Images/Stockphoto

Ständig hört man im politischen Berlin den Satz: Neue Zeiten erfordern neue Antworten in der Wirtschaftspolitik. Die Antworten auf die Herausforderungen für den Standort Deutschland angesichts der Industriepolitik in den USA und China fänden sich nicht „in den verstaubten Lehrbüchern der Ordnungspolitik“. Stattdessen brauche es einen neuen Instrumentenkasten. Eine neue deutsche Industriepolitik. Doch stimmt das? Und was unterscheidet überhaupt Industrie- und Ordnungspolitik?

Die Stromsteuer und der Industriestrompreis eignen sich als Beispiele. Ordnungspolitiker streben bessere Rahmenbedingungen an, die möglichst allen Branchen zugutekommen – wie bei der anvisierten Senkung der Stromsteuer für alle. Industriepolitiker hingegen lassen einzelnen Branchen oder Unternehmen besondere Privilegien zukommen – wie beim Industriestrompreis für etwa 2000 Unternehmen. Ordnungspolitiker priorisieren außerdem langfristige Werkzeuge, während Industriepolitiker leichter auch für kurzfristige Instrumente zu haben sind – etwa beim auf drei Jahre befristeten Industriestrompreis.

Was aber ist an diesen Ansätzen „alt“ oder „neu“? Und was vom Neuen ist wirklich neuartig? Die Geschichte des ökonomischen Denkens kann hier helfen.

2026 jährt sich das Erscheinen von Adam Smith' „Wohlstand der Nationen“ zum 250. Mal. Das Werk enthält erstaunliche Parallelen zur heutigen Berliner Debatte, wenn man auf Smith' Auseinandersetzung mit dem „merkantilen System“ blickt. Der Merkantilismus ist der erste Versuch der aufkommenden modernen Staaten im 17. und 18. Jahrhundert, ihre neue wirtschaftli-

che Macht politisch auszuüben. Die Herrscher und ihre Berater wollen eine Transformation, welche die Staatskasse füllt.

Feudale Überreste wie die Zünfte sind hierbei Altlasten, neuartige Manufakturen stehen für die Transformation. Privilegien werden also an die Betreiber der Manufakturen vergeben, einschließlich Protektionismus, um den Privilegierten den internationalen Wettbewerb zu ersparen. Dieses System kollidiert 1776 mit Smith' Ordnungsdenken. Er verwirft die Vorstellung, dass Individuen gemäß einem politischen Plan wie Figuren auf dem Schachbrett hin und her geschoben werden dürfen.

Daraus lässt sich die Forderung nach Gleichbehandlung ableiten. Es ist also laut Smith eine Ordnung anzustreben, in der der Staat alle ohne Diskriminierung behandelt, damit sie so ihre „natürliche Freiheit“ gleichermaßen ausleben können. Demnach ist die Industriepolitik sogar älter als die ordnungspolitische Suche nach einer privilegierten Wirtschaftspolitik. Beide Paradigmen wechseln sich im 19. und 20. Jahrhundert regelmäßig ab.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ist etwa ein industriepolitisches Zeitalter. In der Weimarer Republik erfreuen sich einzelne Sektoren zahlreicher, etwa preispolitischer, Privilegien durch das neu gegründete Reichswirtschaftsministerium. Viele Länder schotteten ihre Industrien protektionistisch ab, was die Große Depression deutlich verschärft.

Und damit zurück zur Ausgangsfrage. Nimmt man die Geschichte des ökonomischen Denkens ernst, so ist vieles dahingehend „alt“, als wir seit Jahrhunderten ähnliche wirtschaftspolitische Fragen stellen und

oft zu ähnlichen Antworten gelangen. Diese Position negiert nicht den wissenschaftlichen Fortschritt, verlangt aber den heutigen Ökonomen eine gesunde Demut über den genauen Fortschritt ihres Denkens ab.

Philosophen tun Aristoteles selten einfach als alt ab – ebenso wenig müssen sich Ökonomen für Smith schämen.

Damals wie heute erfordert die Industriepolitik von Politikern und ihren Beratern sehr viel Wissen über die richtige Richtung der Transformation. Außerdem schafft sie Knäuel von Macht zwischen Staat und Privilegienempfängern. Um die Knäuel herum kann Protektionismus gedeihen, in den Knäueln auch Korruption. Dennoch gibt es industriepolitische Erfolge – etwa im Falle von Taiwans Chipindustrie. Aber solche Erfolge sind nicht leicht kopierbar, wie das Nahezu-Desaster mit den zehn Milliarden Euro für Intel zeigt.

Zudem belasten nationale industriepolitische Alleingänge den Binnenmarkt – allein schon deswegen, weil Subventionen in dieser Größenordnung für kleinere EU-Mitgliedstaaten kaum infrage kommen.

Trotz der fiskalischen Revolution des Frühjahrs 2025 ist der Bundeshaushalt erneut versteinert und bietet kaum Spielräume. Sowohl die Industrie- als auch die Ordnungspolitik sollen den Standort auf ihre jeweilige Art wettbewerbsfähig machen, für beide reicht aber der fiskalische Spielraum nicht. Eine Grundsatzentscheidung ist deshalb notwendig. Hoffentlich erfolgt sie durch Abwägen des relevanten Für und Wider, etwa bei Fragen von Wissen und Macht – und nicht mit Scheinargumenten wie „alt“ und „neu“.



Der Autor

Stefan Kolev
leitet das Ludwig-Erhard-Forum in Berlin. Er forscht zur Geschichte des ökonomischen Denkens und zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.